

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Niklas Schrader und Anne Helm (LINKE)

vom 10. Februar 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Februar 2020)

zum Thema:

Rechtswidriger Einsatz von Zivilpolizei bei #Unteilbar-Demonstration vom 13. Oktober 2018

und **Antwort** vom 26. Februar 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 02. März 2020)

Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE) und
Frau Abgeordnete Anne Helm (LINKE)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/22608
vom 10. Februar 2020
über Rechtswidriger Einsatz von Zivilpolizei bei #Unteilbar-Demonstration vom
13. Oktober 2018

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele polizeiliche Tatbeobachter*innen welcher Einsatzeinheiten waren im Rahmen des Polizeieinsatzes bei der Demonstration „Für eine offene und solidarische Gesellschaft“ des Aktionsbündnisses #Unteilbar am 13. Oktober 2018 in welchen Aufzugsabschnitten bzw. thematischen Blöcken insgesamt im Einsatz?

Zu 1.:

Drei Dienstkräfte der 3. Bereitschaftspolizeiabteilung der Polizei Berlin waren am 13. Oktober 2018 in bürgerlicher Kleidung im Verlauf der Versammlung „Für eine offene und solidarische Gesellschaft“ in einem Aufzugsabschnitt unmittelbar am und im Aufzug im Rahmen von Ermittlungshandlungen tätig. Zuvor war es in diesem Aufzugsabschnitt zum Zeigen von YPG/YPJ-Fahnen und eines Transparentes mit dem Abbild des Abdullah Öcalan sowie zum Skandieren von „Biji Serok Apo“ durch Versammlungsteilnehmende gekommen. Diese Handlungen wurden als strafbewehrte Verstöße gegen das Vereinsgesetz gewertet.

2. Begaben sich die beiden Polizeidienstkräfte, die als Tatbeobachter*innen im Aufzug mitliefen und deren Anwesenheit in dem Aufzug die Polizei Berlin mit Schreiben vom 5. Dezember 2019 an die Versammlungsveranstalter*innen und -leiter*innen für rechtswidrig anerkannt hat, auf einen Einsatzbefehl hin in den Aufzug? Wenn ja, in welcher Form wurde dieser Befehl von wem mit welchen Inhalten erteilt?

Zu 2.:

Der Einsatz nichtuniformierter Dienstkräfte erfolgte auf Weisung der einsatzverantwortlichen Polizeiführung auf Grundlage von § 163 Absatz 1 Satz 1 Strafprozessordnung zur beweisensicheren Feststellung und Ermittlung von Straftätern, nachdem es zuvor bereits zu Straftaten gekommen war.

3. Wie kann der Senat ausschließen, dass die unter 1. genannten Tatbeobachter*innen strafbare Handlungen begingen, duldeten, andere Versammlungsteilnehmer*innen zu strafbaren Handlungen ermutigten oder sich erkennbar mit strafbaren Handlungen anderer einverstanden zeigten?

Zu 3.:

Dem Senat liegen keinerlei Anhaltspunkte für Zweifel an der rechtmäßigen Amtsausübung der nichtuniformierten Dienstkräfte unmittelbar am und im Aufzug anlässlich der Versammlung „Für eine offene und solidarische Gesellschaft“ vor.

4. Erkennt die Berliner Polizei an, dass die Anwesenheit von Polizeidienstkräften, die in bürgerlicher Kleidung im dienstlichen Auftrag in Aufzügen von angemeldeten Versammlungen anwesend sind, ohne dass diese Entsendung der Versammlungsleitung vor Beginn der Versammlung bekannt gegeben wird, über den speziellen Einzelfall des Einsatzes von Tatbeobachter*innen in der #Unenteilbar-Demonstration vom 13. Oktober 2018 hinaus grundsätzlich rechtswidrig ist? Wenn nein, warum nicht? (Bitte begründen.)

Zu 4.:

Nein. Werden Einsatzkräfte in bürgerlicher Kleidung aufgrund bekannt gewordener Straftaten und ausschließlich zum Zwecke der Strafverfolgung eingesetzt, begründet dieser Strafverfolgungsauftrag ein Zutrittsrecht außerhalb der Regelung von § 12 des Versammlungsgesetzes (VersG).

5. In wie vielen Fällen hat die Polizei Berlin jeweils in den Jahren 2015-2020 Tatbeobachter*innen oder sonstige Polizeikräfte in Versammlungen eingesetzt, ohne dass dies der Versammlungsleitung mitgeteilt wurde?

Zu 5.:

Der Einsatz nichtuniformierter Dienstkräfte in Versammlungen wird statistisch nicht erfasst.

6. In wie vielen Fällen jeweils in den Jahren 2015-2020 haben Betroffene Rechtsmittel gegen den Einsatz von Tatbeobachter*innen oder sonstigen Polizeikräfte in Versammlungen eingelegt, weil diese sich der Versammlungsleitung nicht zu erkennen gegeben haben?

Zu 6.:

In dem betreffenden Zeitraum wurde in einem Verfahren Klage vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen den Einsatz nichtuniformierter Polizeikräfte in Versammlungen erhoben.

7. In wie vielen Fällen jeweils in den Jahren 2015-2020 wurden entsprechende Einsätze von Gerichten für rechtswidrig erklärt bzw. wurde die Rechtswidrigkeit seitens der Polizei anerkannt?

Zu 7.:

In dem zu 6. genannten Verfahren (#Unenteilbar-Demonstration vom 13. Oktober 2018) erfolgte ein Klageanerkennnis durch die Polizei Berlin, da sich im Nachhinein nicht alle Voraussetzungen für die rechtmäßige Anwesenheit der nichtuniformierten Dienstkräfte zum Zwecke der Strafverfolgung hinreichend gerichtsfest belegen ließen.

8. Wann und in welcher Form wurden welche Polizeidienststellen gegebenenfalls darüber unterrichtet, dass die Anwesenheit der Tatbeobachter*innen im Aufzug der Versammlung vom 13. Oktober 2018 durch die Polizei Berlin als rechtswidrig anerkannt wurde, und welche Weisungen wurden daraufhin gegebenenfalls für den Einsatz von Tatbeobachter*innen bei zukünftigen Polizeieinsätzen im Rahmen von Demonstrationen erteilt?

Zu 8.:

Die Direktionen und Ämter der Polizei Berlin wurden im Januar 2020 per E-Mail durch das Justizariat der Polizei Berlin darüber informiert, dass in dem konkreten Einzelfall ein Klageanerkennnis erfolgte. Die Dokumentation über den Einsatz von Tatbeobachtenden wurde verpflichtend geregelt.

Berlin, den 26. Februar 2020

In Vertretung

Aleksander Dzembritzki
Senatsverwaltung für Inneres und Sport